

100 Tage Grün-Rot: Stuttgarter BürgerInnen organisieren Weckruf-Demo -

Grün-Rot: Aufwachen! S21-Betrug stoppen!

Nach zahlreichen Pressemeldungen über eine aktive Kostenverschleierung seitens der Bahn beim Projekt Stuttgart 21, angesichts des gescheiterten „Stresstests“ und einer weiter zunehmenden Kriminalisierung von Gegner des Projekts,

veranstalten BürgerInnen, die sich über parkschuetzer.de vernetzen, einen Demozug mit „Schwabenstreich spezial“ vor der SPD-Zentrale in Stuttgart.

Dort lassen sie in einer symbolischen Aktion gemeinsam zahlreiche Wecker klingeln und richten nach 100 Tagen Grün-Rot folgende Weckrufe an die neue Landesregierung und insbesondere an die SPD, die bislang mit aller Macht die schwarz-gelbe Politik der abgewählten Vorgängerregierung fortsetzen will:

- 1.) **Herr Schmid**, laut Pressemeldungen auf Basis interner DB-Papiere und Gesprächsprotokolle hat die Deutsche Bahn der Öffentlichkeit und den Parlamenten die wahren Kosten von Stuttgart 21 und der zugehörigen ICE-Piste systematisch verschwiegen.

So berichtete unter anderem DER SPIEGEL Anfang Juli, dass die Bahn bereits seit 2002 immer wieder niedrigere Kosten für Stuttgart 21 öffentlich gemacht hat als intern berechnet. Demnach wurden die Kosten für den Tunnelbahnhof bereits vor zwei Jahren bahntern mit weit über 4,5 Milliarden Euro berechnet und das Projekt hätte gemäß der eigenen Vorgaben der Bahn beendet werden müssen.

Herr Schmid, bei Regierungsantritt haben Sie als Finanz- und Wirtschaftsminister einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern, Schuldenabbau und eine Konsolidierung des Landeshaushalts versprochen. Zudem haben Sie geschworen, Schaden vom Land und von der Bevölkerung abzuwenden. Warum schweigen Sie beharrlich, wenn es um einen sich zunehmend erhärtenden Verdacht der milliardenschweren Kostenvertuschung, der arglistigen Täuschung und des Betruges geht? Warum verlangen Sie von der Bahn nicht die Offenlegung aller Kostenrechnungen und -risiken von Stuttgart 21?

Herr Schmid, ziehen Sie endlich Konsequenzen aus den unverantwortbaren Kostenrisiken und der offensichtlichen Kostenvertuschung bei Stuttgart 21 und ziehen Sie die Notbremse, damit das Land Baden-Württemberg nicht immer tiefer in die Schuldenfalle gerät!

- 2.) **Herr Stickelberger**, als Justizminister haben Sie zweifellos ein besonderes Interesse daran, dass Recht und Gesetz gerade dann, wenn es um Milliarden von Steuergeldern geht, ohne Wenn und Aber eingehalten werden.

Der renommierte Verfassungsrechtler und frühere Präsident der Berliner Humboldt-Universität, Hans Meyer, bekräftigte vor wenigen Tagen in einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung: 'Der Finanzierungsvertrag [für S 21] verstößt gegen ein verfassungsrechtliches Verbot', nämlich jenes von Mischfinanzierungen von Bund und Ländern durch das Grundgesetz. Die Verträge seien daher 'nach allen Regeln der Kunst null und nichtig'.

Herr Stickelberger, warum handeln Sie angesichts einer solchen Faktenlage nicht? Stoppen Sie gemeinsam mit Ihrem Parteivorsitzenden und Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid sofort jede weitere Zahlung für das Projekt Stuttgart 21! Stellen Sie zudem sicher,

dass die offenbar durch interne Bahnpapiere dokumentierte Kostentrickserei sofort geahndet wird. Diese Vorgänge sind, so wie sie von den Medien berichtet wurden, ein Fall für den Staatsanwalt!

- 3.) **Frau Altpeter**, eine aktuelle Studie des unabhängigen IMU-Instituts kommt zu dem Ergebnis, dass Stuttgart 21 entgegen jahrelanger Propaganda KEIN Jobmotor für die Region ist. Statt der im ursprünglichen Rahmenplan behaupteten 24.000 neuen Arbeitsplätze, rechnet das IMU-Institut mit lediglich 2.500 neuen Stellen. Zudem bestätigte das Institut die Einschätzung des Bauwirtschaftsverbandes, wonach nur etwa 20% der Aufträge im Land verbleiben.

Halten Sie es als Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, für sinnvoll, einen Milliardenbetrag für ein mit unverantwortlichen Kostenrisiken verbundenes Immobilien-Prestigeobjekt zu vergraben, statt sinnvolle verkehrspolitische Projekte in GANZ Baden-Württemberg zu fördern? Und dringende Zukunftsinvestitionen in anderen Bereichen wie Bildung und Soziales zu ermöglichen? An welchem Ende und in welchen Bereichen wollen Sie denn sparen und Investitionen kürzen, wenn S21 immer noch teurer wird? Und will die SPD etwa auf den freiwerdenden Gleisflächen Sozialwohnungen bauen? Frau Altpeter, kämpfen Sie im Kabinett für einen sofortigen Stopp der beschäftigungspolitischen Luftnummer und des unsozialen Projektes Stuttgart 21!

- 4.) **Frau Warminski-Leitheußer**, im Koalitionsvertrag haben SPD und Grüne vereinbart, zum Schuldenabbau im Laufe der Legislaturperiode auch einen Teil der freiwerdenden Lehrerstellen abzubauen. Können Sie es verantworten, auf der einen Seite den Landeshaushalt mit einem unkontrollierbaren Milliardengrab S21 noch weiter ins Minus zu reißen und dafür auf der anderen Seite an der Bildung unserer Kinder zu sparen?

Baden-Württemberg ist mit seinem Bildungssystem von der Weltspitze, von Ländern wie Finnland mit deutlich kleineren Klassen und bestmöglicher individueller Förderung für Alle, auch und gerade für sozial benachteiligte Kinder, weit entfernt. Sparen Sie als sozialdemokratische Ministerin für Kultus und Jugend nicht an der Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft, um krampfhaft an einem Projekt von vorgestern festzuhalten, Frau Warminski-Leitheußer!

- 5.) **Herr Drexler**, Sie reden weiterhin unbeirrt von Stuttgart 21 als angeblichem "neuen Herz Europas". Wir als BürgerInnen wissen aber schon lange, wer wir sind, auch wenn wir nicht Teil einer nicht existenten "Magistrale" werden! Wir brauchen und wollen kein Milliardengrab im Land und in der Stadt, nur um mögliche Minderwertigkeitskomplexe bei Teilen der SPD zu kompensieren!

Im letzten Jahr waren Sie schon einmal ausgesprochen konsequent, als Sie von Ihrer Funktion als Sprecher des Projektes Stuttgart 21 zurückgetreten sind. Als Begründung gaben Sie an, nicht mit Ihrer Partei in Konflikt geraten zu wollen, die einen sofortigen Baustopp forderte, um einen Volksentscheid über "Stuttgart 21" zu ermöglichen.

Herr Drexler, erinnern Sie Ihre Partei jetzt in der Regierungsverantwortung an diesen sofortigen Baustopp und verzögern Sie den neuen Herzinfarkt Europas nicht nur, sondern beenden Sie ihn für immer!

- 6.) **Herr Schmiedel**, als Fraktionsvorsitzender der SPD müssten Sie sich ernsthafte Gedanken über das historisch schlechte Abschneiden Ihrer Partei bei der Landtagswahl im März machen. Wen wollen Sie damit beeindrucken, dass Sie sich für Ihr Festhalten an Stuttgart 21 sofort zum Mehrheitsbeschaffer für die CDU machen würden und genau damit immer wieder offen drohen?

Wen wollen Sie damit beeindrucken, dass Sie der Bevölkerung weiterhin einen achtgleisigen Kellerbahnhof als „Fortschritt“ verkaufen, der im Stresstest kläglich

gescheitert ist? Wollen Sie den Bahnfahrern wirklich in der Spitzenstunde 13 Doppelbelegungen von Gleisen und extrem verkürzte Haltezeiten von Zügen zumuten, wie sie noch auf keinem größeren Bahnhof jemals funktioniert haben? Zudem teils katastrophal schlechte Anschlussverbindungen?

Weshalb soll Stuttgart 21 Zukunft sein, wenn der Kopfbahnhof schon lange mehr Züge pro Stunde in deutlich besserer Qualität leisten kann? Weshalb wehren Sie sich so sehr gegen einen objektiven Vergleich der Leistungsfähigkeit von Kopfbahnhof und simuliertem Tunnelbahnhof?

Herr Schmiedel, geben Sie Ihrer Partei als Fraktionschef endlich wieder eine Perspektive jenseits eines billigen Abklatsches von Schwarz-Gelb!

- 7.) **Herr Gall**, Anfang Juli haben Sie dem Innenausschuss des Landtages einen Bericht zur Nachbereitung des Polizeieinsatzes im Stuttgarter Schlossgarten vom 30.09.2010 vorgelegt, bei dem friedliche Demonstranten durch den Einsatz von Wasserwerfern und Reizgas teilweise schwer verletzt wurden. In dem Bericht übernehmen Sie die Unterstellung Ihres Vorgängers im Amt des Innenministers, Herrn Rech von der CDU, „die primäre Ursache für den Einsatzverlauf“ liege darin, dass das „aggressive Verhalten [der S21-Gegner] unerwartet heftig gewesen [sei], geprägt von hoher Emotionalität und der Nichtansprechbarkeit durch die Polizei.“ Zudem nennt der Bericht den Einsatz von Pfefferspray und Wasserwerfern „im Grundsatz regelkonform.“

Herr Gall, wie kommen Sie in völliger Ignoranz unzähliger Zeugenaussagen von Betroffenen und bislang nicht geprüften Beweismaterials zu dieser Bewertung? Sorgen Sie endlich dafür, dass die Vorgänge vom 30.09.2010 vollständig und unabhängig aufgeklärt werden und den Opfern von Gewalt, darunter zahlreiche Kinder und ältere Menschen, Gerechtigkeit widerfährt!

- 8.) Noch einmal, aus aktuellem Anlass: **Herr Stickelsberger!**
Anlässlich der nun zweiten Welle von Hausdurchsuchungen bei Stuttgart-21-Gegnern und freien Berichterstattern zum Thema Stuttgart 21 fordern wir Sie auf:

Stoppen Sie diese Einschüchterungsversuche gegen Stuttgart21-Berichterstatter und allgemein Stuttgart-21-Gegner! Stoppen Sie diese Missachtung der im Grundgesetz (Artikel 5, Absatz 1, Satz 2) garantierten Pressefreiheit und Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film. Sorgen Sie für grundgesetzkonformes Verhalten der Staatsanwaltschaft Stuttgart. Sorgen Sie dafür, dass alle, die in Baden-Württemberg journalistisch arbeiten, weiterhin ungehindert ihrer Arbeit nachgehen können, auch wenn sie über den Konflikt um Stuttgart 21 berichten!

- 9.) Und noch einmal: **Herr Schmid!** Seit langem belegen Meinungsumfragen in den Reihen der SPD-Wählerschaft, dass diese dem Projekt Stuttgart 21 mehrheitlich kritisch bis ablehnend gegenübersteht. Tun Sie nach dem zweitschlechtesten Ergebnis der SPD in Baden-Württemberg bei einer Landtagswahl Ihrer Partei den Gefallen und treten Sie endlich wieder in Kontakt zur Basis Ihrer Partei!

Lassen Sie endlich eine offene, sachorientierte Debatte über S 21 innerhalb der SPD zu und lösen Sie den immer offener zu Tage tretenden Konflikt zwischen Parteibasis und Parteiführung durch eine Mitgliederbefragung! Die SPD macht sich selbst überflüssig, wenn sie ein weder soziales noch demokratisches Projekt weiterhin mit aller Macht gegen die betroffene Bevölkerung durchdrücken und schwarz-gelbe Politik verlängern will. Herr Schmid, hören Sie auf die kritischen Stimmen Ihrer Basis, liefern Sie Schwarz-Gelb nicht eine Steilvorlage nach der anderen und retten Sie das Land vor einem unverantwortbaren Milliardengrab ohne jeden verkehrspolitischen oder wirtschaftlichen Nutzen! Zudem eines, dessen Verträge ohnehin verfassungswidrig, nur auf Basis falscher Kostenrechnungen zustande gekommen und damit null und nichtig sind. Lösen Sie endlich Ihr Versprechen eines „echten Wechsels“ ein!

Zum Abschluss ein Weckruf an den Ministerpräsidenten **Winfried Kretschmann**:

Ja, Herr Kretschmann, wir haben gesehen, dass Sie es mit der SPD-Führung nicht ganz leicht haben. In einem Interview mit dem „Stern“ erweckten Sie in der vergangenen Woche den Eindruck, dass nur noch ein „Wunder“ das Projekt Stuttgart 21 verhindern könne. Bestehende Verträge könnten nicht so einfach rückgängig gemacht werden und überhaupt müsse man eben damit leben, dass in der Politik „nicht immer alle Ziele erreicht werden“.

Lassen Sie sich von Bürgerinnen ermutigen, die Ihnen den Auftrag gegeben haben, das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart vor dem finanziell wie ökologisch und sozial unverantwortlichen Milliardengrab S 21 zu bewahren. Mit folgenden Worten, die Sie selbst unter Berufung auf das Gutachten von Herrn Professor Meyer im November 2010 so gewählt haben:

„Die Finanzierungsverträge zu Stuttgart 21 und zur Neubaustrecke sind nichtig.“

„Dadurch ist die Finanzierungsverpflichtung ungültig, das Land darf zukünftig keine Zahlungen leisten und kann die bereits gezahlten Mittel zurückfordern.

„Die Bahn muss wissen: Die Zahlungen des Landes sind verfassungswidrig, der Finanzierungsvertrag nichtig. Falls die Grünen nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg Regierungsverantwortung tragen, werden wir die Zahlungen sofort einstellen und bereits gezahlte Beträge zurückverlangen. Mit uns wird es keine Fortsetzung des Verfassungsbruchs geben.“

In diesem Sinne: Die SPD mag es Ihnen nicht leicht machen, aber halten Sie sich doch als Ministerpräsident an die Kraft Ihrer eigenen Argumente! **Wir rufen Ihnen zu: Kretschmann los!**